

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 173.

Dienstag den 21. Juni.

1864.

Bekanntmachung.

Die **Impfung der Schuppocken** wird allen unbemittelten, in hiesiger Stadt wohnenden Personen jeden Alters hiermit unentgeltlich angeboten und soll dieselbe während der Zeit vom 18. dieses Monats bis zum 22. Juni o. jedes Mal **Mittwochs Nachmittags von 2 Uhr an** in dem Commungebäude Nr. 1 der Magazingasse stattfinden.
Leipzig, den 11. Mai 1864.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Bollrad. S.

Rede des Abgeordneten Dr. Heyner bei Position 7 des Einnahmehudgets, die Post und Aufhebung der Briefbestellgebühren betreffend.

So erfreulich es ist in dieser Angelegenheit mit den volkswirtschaftlichen Grundsätzen des Ministeriums, dessen Anschauung in dieser Frage auf der Höhe der Zeit steht und dessen Vorgehen auf dem Wege volkswirtschaftlicher Reformen im Lande bei dem größten Theil des intelligenten Volks Anerkennung finden wird, umso mehr thut es mir leid, von einer Seite der landwirtschaftlichen Vertretung, welche mir nahe steht, Grundsätze vernommen zu haben, die geradezu der freien Anschauung der Volkswirtschaftslehre schnurstracks widersprechen. Ich komme an einer anderen Stelle darauf zurück.

Obgleich ich mich gestern bei der allgemeinen Debatte ausführlich über die vorliegenden Fragen schon ausgesprochen habe, so mag die große Wichtigkeit der Sache für den Vertreter einer Handelsstadt Entschuldigung sein, wenn ich heute wieder das Wort ergreife.

M. S. Gewiß theilen Sie mit mir alle die Ueberzeugung, ja ich möchte sagen das stolze Gefühl, daß wir in dieser Angelegenheit andern Staaten, wie Bayern, Oesterreich, Frankreich, Preußen, ja sogar Dänemark nicht mehr nachsehen sollen. Nach der soeben vernommenen Aeußerung des Herrn Referenten (Georgi) hat in jenen Ländern diese wohltätige Einrichtung (Abschaffung des Briefbestellgeldes) auf die Erleichterung des Verkehrs wesentlich eingewirkt. Ganz Recht gebe ich meinem Vorredner, daß unsere finanziellen Verhältnisse diese Einrichtungen erlauben und ich füge noch hinzu, gewiß eben so leicht erlauben, als in Oesterreich. Aber m. S., wenn in jenen Staaten eben so wie in Sachsen Ständevertretung existirte und nicht allgemeine Interessenvertretung, wenn, sage ich, es dort besondere Vertreter der Rittergüter und bäuerlichen Grundstücke gäbe, so würden sie auf die Frage, wolle ihr die Verkehrs erleichterung, diese Bequemlichkeit wieder aufgeben? sie würden sagen nein und abermals nein, sie nützt uns und was die Hauptsache, auch der Allgemeinheit. Diese Herrn muß ich auf etwas aufmerksam machen. Schon auf frühern und dem jetzigen Landtage haben wir von der Ministerbank Stimmen vernommen, daß die Ansichten der Kammer, wenn es sich darum handelte, auf dem Wege der Reform vorwärts zu gehen, hinter dem Streben der Regierung zurückblieben. M. S., hätten sich diejenigen, welche sich getroffen fühlen, dem Herrn Finanzminister heute Gelegenheit zu ähnlichen Klagen zu geben, daß sie für solche wohltätige, segensbringende Reformfragen der Gemüthsruhe sind.

Leider haben wir von der Intelligenz eines Vertreters der Rittergutsbesitzer gestern volkswirtschaftliche Grundsätze aussprechen hören, die wohl bloß im Born nicht erfüllter Wünsche gefallen sind. Schlagend hat der Referent dies widerlegt. M. S. Soviel steht fest, daß es ein oberster Grundsatz der Volkswirtschaft ist, den Staat soviel als möglich von Gewerbsunternehmungen auszuschließen. Privaten arbeiten billiger als schwerfällige Beamte. Sie stimmen mir aber gewiß darin bei, daß die Post eine Staatsanstalt bleiben muß und zwar im Interesse der Sicherheit des Verkehrs. Schließt man aber der Staat mit seinem Monopol jede Concurrenz aus, so versteht es sich von selbst, daß er im Interesse des Verkehrs, des Handels und Wandels so billig als möglich

arbeiten muß. In diesem Interesse müssen daher streng genommen die Postanstalten eigentlich ohne allen Reingewinn arbeiten. Auch den volkswirtschaftlichen Grundsätzen müssen sie beistimmen, daß der Verkehr nimmermehr als Steuerobject angesehen werden darf. Die Herabsetzung des Briefportos und die damals sogar für unsere Finanzen erfolgten günstigen Resultate haben die Volkswirtschaftslehre bestimmt, die Postanstalten nicht als eine Einnahmequelle, sondern mehr als eine volkswirtschaftliche Anstalt anzusehen. Die Concessionen, welche man in dieser Hinsicht in Deutschland, England u. A. m. dem Verkehr gemacht hat, haben den größten Nutzen gebracht. Ich beweise das Ihnen mit Zahlen.

Der jährliche Reingewinn aus dem Postregal betrug bei uns im Jahre 1833 bei hohem Porto 195,000 Thaler, hingegen beim niedrigeren Porto schon im Jahre 1860 in Summa 381,000 Thlr. Und so wird denn auch die Einnahme mit den Concessionen an den Verkehr von Jahr zu Jahr sich steigern, und so bin ich der Ansicht des Herrn Wammen, daß in Zukunft selbst bei Briefbestellgebührenbefreiung sich die Einnahme steigern wird. Der Wegfall dieses Briefbestellgeldes ist eine der allernothwendigsten Reformen, wobei die Vorschläge der Staatsregierung auch von den Vertretern der Landgrundstücke Unterstützung finden müssen. Ich wende mich daher an Sie, welche glauben, daß durch solche allseitig nützliche Reformen im Interesse der Verkehrs erleichterung sie selbst durch jenen Ausfall mit höheren Steuern belastet werden könnten. Vorher habe ich aber mit meinem Freund Fahnauer ein Wörtchen zu reden. Er hat vorhin gesagt, daß durch die Abstellung der Briefbestellgebühren nur Einzelnen genügt würde.

Nein, m. S., es wird durch Gewährung jeder Verkehrs erleichterung durch rückwirkende Kraft der ganzen Allgemeinheit genügt, dem Gewerbe, dem Handel, der Industrie. Und wenn in einem Industriestaat diese sich wohl befinden, so ist das auch ein Grund des Wohlbehagens der bäuerlichen Grundstücksbesitzer und für den Absatz ihrer Erzeugnisse. Glaube überdies der Abgeordnete Fahnauer, daß sein Grundstück und Granitsteingeschäft in Vobitz einen so hohen Werth und gute Rentabilität haben würde, wenn der Staat nicht für Verkehrs erleichterungen gesorgt, wenn wir nicht Chaussees und Eisenbahnen gebaut hätten? Allerdings, in Mecklenburg, dem deutschen Musterstaat des Junkerthums, da sind solche Grundstücke zu Hause, da ist man nur besorgt für die privilegierte Kaste und diese kennt wieder nur für das Allgemeine den Haselstock und das Bambusrohr. Bei der dortigen niedrigsten Stufe der Civilisation steht aller Verkehr und da ist keine Industrie und die Grundstücke sind im Werth niedriger, als in andern Staaten. Ich komme zur Sache zurück. Ich sagte gestern: Zeit und Geld und dieser Grundsatz ist maßgebend bei Abschaffung der Briefbestellgebühren. Welche Zeit dieses Geschäft in Anspruch nimmt, dafür lasse ich wieder Zahlen sprechen. 11,676,344 Posten à 3 Pf. gewöhnliche Briefe, 3,733,563 Posten zu 6 Pf., Adressbriefe, Werthbriefe und recommandirte, im Ganzen 16,000,000 Posten jährlich. Sehen Sie von den Mehrarbeiten der Beamten ganz ab, aber welche Belastigung und Zeitverlust für das Publicum? Sind erst die Bestellgebühren abgeschafft, so bringt der Geschäftsmann an sein Geschäftslocal einen Briefkasten, da giebt es für ihn und den Briefträger wieder keinen Aufenthalt.

Wie oft kommt es vor, daß der Briefträger von einem Armen nicht einmal den Dezier erlangen kann. Auch ist es unangenehm,

15^o R.

15^o R.

r und von
nahme.) -
wollen.

ags von

4 u. 5.